

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7428.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Gericht:

„Tagblatthaus“ Nr. 6658-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.  
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7428.

Bezugs-Preis: Mt. 3.50 monatlich, Mt. 11.40 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Traglohn. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich die dortigen Ausgabestellen u. in den benachbarten Sandorten u. im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Läden u. die Post. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Strafsachen haben die Bezücker keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entfallenden Entgelts.

Anzeigen-Preis für die Zeile: Mt. 1. — für dreitägige Anzeigen; Mt. 1.50 für auswärtige Anzeigen; Mt. 4.00 für örtliche Anzeigen; Mt. 6.00 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entsprechender Rabatte. — Anzeigen-Aufnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Verliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Bambergerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Freitag, 9. April 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 166. • 68. Jahrgang.

## Amlicher Bericht der französischen Militärbehörde.

Es werden momentan verschiedene Gerüchte in Umlauf gebracht. Diese tendenziösen und falschen Meldungen verfolgen offenbar das Ziel, abschließend die öffentliche Meinung zu täuschen und zu erregen.

Das Gerücht, die Amerikaner hätten die französische Regierung aufgefordert, ihre Truppen sofort aus den von ihnen neuberechtigten Gebieten zurückzuziehen, ist vollständig un wahr und unbegründet.

Ein anderes Gerücht erwähnt einen Zwischenfall, der sich in der Gegend von Friedberg (bei Frankfurt) zwischen einer französischen Kavallerie-Patrouille und einer deutschen Kavallerie-Patrouille abgespielt hat, ein Vorfall, der einen deutschen Rekruten bedrängt hat.

Dieses Ereignis fällt in der Tat auf nichts herab. Es wurden wohl zwischen zwei Patrouillen Schüsse geschossen, während ohne weitere Folgen, aber der Vorfall ereignete sich in der von der französischen Truppen neuberechtigten Zone, und er hätte nicht stattgefunden, wenn die deutsche Abteilung sich nicht betreten hätte.

## Die Forderungen der Gewerkschaften.

Deutschland hat eine Nebenregierung. Sie wird geführt von dem unter Führung Leguères stehenden Kartell der Gewerkschaften, der Angestelltenverbände, des Beamtenbundes, dem sich nun auch die sozialdemokratische Partei und die unabhängigen Sozialdemokraten angeschlossen haben, denen der Kampfbund eine Brücke geschaffen hat. Diese Nebenregierung trat zum erstenmal am 21. März in Erscheinung, als sie der Regierung die bekannten neun Punkte vorschrieb, von deren Erfüllung sie den Abbruch des Generalstreikes abhängig machte. Am 7. April hat das Kartell der Reichsregierung, wie wir bereits mitgeteilt haben, abermals eine diesmal in fünf Punkte gegliederte Forderung überreicht, die der Durchführung der neun Punkte des 21. März höchstens Nachdruck verleihen soll.

Man darf feststellen, daß die Forderungen diesmal maßvoll vorgetragen und nicht mit der Demagogie besonderer Maßnahmen bei etwaiger mangelhafter Erfüllung verknüpft sind. Man muß weiter sagen, daß mindestens der eine Punkt beachtet ist. Das ist der Schutz der verfassungstreuen geistlichen Mannschaften der Reichswehr. In Berlin, in Alenburg, in Wilhelmshafen und noch an vielen anderen Orten haben Unteroffiziere und Mannschaften, die genau wußten, was der von ihnen der Republik geschworene Eid verlangte, in den Kampftagen dem Befehl erdbrüchiger Offiziere nicht Folge geleistet. Diese Leute haben recht gehandelt. Sie haben sich nicht auf den bekannten schwankenden Boden der Tatsachen wie die vertriebenen Offiziere gestellt, sondern auf den klaren und heiligen Boden ihres Eides. Aber die Wiedereinstellung dieser Leute ist nicht etwa anerkannt, geschweige denn belohnt worden. Sie wurden nur wegen ihrer republiktreuen Haltung schikaniert und sind teilweise sogar wegen „Insubordination“ aufs Plaster gesetzt worden. Wir können nicht glauben, daß das mit Willen des neuen demokratischen Reichswehrministers geschah.

Es wird nun verkündet, daß die Fälle von Alenburg, Berlin und Wilhelmshafen besonderen Untersuchungskommissionen anvertraut werden, die für wirksamere Schutz der republikanischen Elemente in der Reichswehr sorgen sollen. Das geschieht ein Stückchen spät, und gerade weil das so spät geschieht, kann das Kartell der Arbeitnehmerverbände unter der Führung Leguères jetzt leider mit Recht behaupten, daß es sich wieder einmal, wie es mit der Aufstellung der neuen fünf Punkte geschah, um die Regierung kümmern mußte. Die Regierung, die sich einmal der Diktatur der Arbeitnehmersverbände am 21. März unterstellt hat, hätte so viel Voraussicht besitzen müssen, um der Nebenregierung nicht alle 14 Tage neue Forderungen zum Einreichen zu liefern. Von allen Dingen war es auch unklug, daß die Regierung die Ratifikation der neun Punkte nach Hause schickte, bevor die Ratifikationen des Kampfbundes vollständig liquidiert waren. In solchen kritischen Zeiten muß in Zukunft das Reichsministerium permanent tagen. In Arbeit fehlt es ihm ja nicht, wie wir wissen. Wenn in solchen Tagen das Reichsministerium Ferien macht, schafft es jedem Nebenparlament willkürliche Gelegenheiten, seine „Notwendigkeit“ zu zeigen.

Die ersten drei der neuen fünf Punkte betreffen sich mit der Lage im Ruhrgebiet. Wenn die unter dem Namen Leguères marschierende Nebenregierung die weitestgehende Enthaltung der Reichswehr von der Aufstellung im Ruhrgebiet verlangt, dann muß sie auch die Zurückzahlung dafür übernehmen. Ist es noch ihrem Rezept besser geht und daß die staatsrechtliche Ordnung nach ihrer Methode schmerzloser aber desto sicherer wiederhergestellt und die Wirtschaft wieder in Gang gebracht wird. Unter den neuen fünf Punkten steht der Name Leguères zusammen mit dem Führer der Unabhängigen Fraktion. Beide waren angeboten worden, in das neue Kabinett einzutreten. Sie hätten dann selber von letzter Regierungshandlung aus die Ordnung wiederherstellen können. Selder verantwortungsvollen Aufgabe sind sie aus dem Wege gerufen. Sie eilen heute weiter; das beweist, daß sie die Art der Opposition, denn sie wissen: Regierungen in dieser Nebenregierung aber leicht!

## Die Regierungskoalition erschüttert?

Br. Berlin, 9. April. (Fig. Drahtbericht.) Von informierter Seite erfahren wir: Die Gewerkschaften und die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Unabhängigen und die Reichssozialdemokraten, haben gemeinsam ein Aktionsprogramm entworfen, das darzu hinausgeht, die Beziehungen in Deutschland für eine kommende Arbeiter-

regierung zu ebnen. Dabei haben die Unabhängigen die Oberhand gewonnen und unternehmen jetzt einen planmäßigen Vorstoß gegen die Reichsregierung nach der Richtung hin, daß die Reichsregierung ihre Widerstände gegen die organisierte Arbeiterbewegung aufgeben soll. Die Arbeiterschaft verlangt Sicherheiten dafür, daß die Reichswehr nicht zu einem Gewaltinstrument gemacht wird, wofür die Arbeiterorganisationen ihrerseits die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß keine Gewalttate von Seiten der Arbeiterschaft vorkommen. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich wohl eher über auf den Standpunkt der vereinigten Arbeiterorganisationen stellen müssen. Die Folge davon ist, daß die Regierungs-Koalition aufs schwerste erschüttert wird. Insbesondere hat sich bei den Demokraten eine lebhafteste Opposition gegen das Vorgehen der Arbeiterorganisationen gebildet. Die Situation wird nachgerade so kritisch, daß unter Umständen eine Regierungskrise eintreten kann, da die demokratische Fraktion den Standpunkt vertritt, daß sie derartige Dinge nicht mitmachen kann. Andererseits setzen sich die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder aber durch die Reichsfraktionen in der Nationalversammlung gebunden, auf die Forderungen der Arbeiterschaft einzugehen. Das Zentrum nimmt gegenwärtig noch eine abwartende Haltung ein, aber es hat bereits zur Genüge zum Ausdruck gebracht, daß es einen weitgehenden Einfluß der Gewerkschaften auf die Regierungspolitik unter keinen Umständen unterläßt wird. In unabhängigen Kreisen glaubt man, daß bald der kritische Moment da sein wird, wo der Zeitpunkt der Errichtung einer Arbeiterregierung gekommen ist. Ob man damit meint, daß den Vätern einen großen Sieg erringen zu können und dann Gelegenheit zu haben, die Ziele weiter zu verfolgen, ist jedoch aus den Forderungen der Unabhängigen nicht klar ersichtlich. Im übrigen ist die Arbeitsfähigkeit der Regierung durch den inneren Zwiespalt der Koalitionsparteien ernstlich erschüttert.

## Eine weitere Note Millerands.

Br. Paris, 8. April. Millerand überreichte dem deutschen Geschäftsträger eine Note, in der es u. a. heißt: Am 28. März erklärte der französische Ministerpräsident in der Deputiertenkammer, daß er zu hoffen, daß die für den Beginn der dringenden Wiederergänzungen notwendigen Beschlüsse nicht lange auf sich warten ließen. Am 29. März erklärte Herr Cöppert der französischen Regierung, seine Regierung habe die Möglichkeit der Entsendung von Einsatztruppen in das Ruhrgebiet ohne vorhergehende Ermächtigung durch die französische Regierung in keinem Falle in Aussicht genommen. Am 2. April bestätigte Herr Millerand dem deutschen Geschäftsträger in Paris die Erklärung, die er am 28. März gegeben hatte. Die französische Regierung könne die Ermächtigung nur geben, wenn die französischen Truppen ermächtigt würden, gleichzeitig die Städte Frankfurt, Darmstadt, Domburg, Hanau und Dieburg zu besetzen. Am 6. April, aber das, daß Herr Cöppert zu, daß die Zahl der Reichswehrtruppen die durch den Beschluß vom 9. August festgesetzte Höchstgrenze überschritten habe und sie in das Ruhrgebiet eingedrungen seien, und verlangte gleichzeitig im Namen der deutschen Regierung, daß die zu diesem Zweck notwendige formelle Genehmigung nachträglich der deutschen Regierung gegeben werde. Am gleichen Tage teilte Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, von Gariel, in Berlin dem Stellvertreter des Generals Rollet, dem General Barthelme, mit, die deutsche Regierung habe dem Reichskommissar Severing volle Handlungsfreiheit über die Angelegenheit der Operationen im Ruhrgebiet konzentrieren Truppen gegeben und nehme die Verantwortung für ihre Tätigkeit in der neutralen Zone auf sich. Die französische Regierung setzte unverzüglich die Alliierten von dieser Lage in Kenntnis. Indem die französische Regierung ihren Alliierten anzeigte, daß die deutsche Regierung durch ihr Vorgehen den Art. 44 des Friedensvertrages von Versailles verletze, könne die deutsche Regierung durch ihr Vorgehen den Art. 44 des Friedensvertrages von Versailles verletze, sprach sie die Hoffnung aus, daß die anderen Regierungen, gleich wie sie, die Notwendigkeit eines unverzüglichen Einschreitens erkennen und der französischen Regierung wirksame Unterstützung in der Ausführung der militärischen Maßnahmen leisten würden, die jetzt wieder umgangen noch aufgehoben werden könnten.

Es war dies übrigens nicht das erste Mal, daß die französische Regierung ihren Alliierten diese Notwendigkeit darlegte. Am 28. März hatte Frankreich auf der Londoner Konferenz den Vorschlag eingebracht, Frankfurt und Darmstadt zu besetzen. Diese Brücke aber am 28. März ihre Ansicht dahin aus, daß der Zeitpunkt unpassend sei. Die deutsche Regierung wendete sich direkt an die französische Regierung, um die Bewilligung zum Einmarsch von Truppen in das Ruhrgebiet zu erhalten. Die französische Regierung hatte keinen Grund, sich Verweigerungen des Reichs hinzugeben, da alle ihre Erkundigungen mit denen der Alliierten übereinstimmten und alle Alliierten einstimmig die militärische Besetzung des Ruhrgebietes als unumgänglich notwendig betrachteten. Andererseits wiesen alle Vorkommnisse darauf hin, daß die Initiative dazu der deutschen Militärpartei vorbehalten werden müsse.

Die französische Regierung handelt gleichzeitig im allgemeinen und im Interesse Frankreichs. Es ist übrigens nicht nötig, in Erinnerung zu rufen, daß sie entschlossen ist, die besetzten Städte von ihren Truppen zu befreien, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig verlassen haben. Die Haltung der französischen Regierung ist durch das Vorgehen der deutschen Regierung gerechtfertigt. Die französische Regierung wird übrigens ihre Anschauung

in Bezug auf Deutschland, mit dem sie auf Grund der wirtschaftlichen Zusammenhänge in Dankebeziehungen eintreten will, von denen die Situation Europas nur gewinnen kann, nicht ändern.

## Der deutsche Standpunkt.

Br. Berlin, 9. April. Zu der von Millerand in der Vorkonferenz mitgeteilten Note wird von zuständiger Seite bemerkt:

Aus dieser Note geht hervor, daß die französische Regierung ohne Zustimmung ihrer Verbündeten vorgegangen ist, ja, daß die Vorkonferenzkonferenz auf eine Anfrage Frankreichs am 25. März erklärte, eine Besetzung Frankfurts und Darmstadts erlaube zurzeit importun.

Die Erklärung des Unterstaatssekretärs Paleologue wird mit keinem Wort erwähnt, dafür wird aber eine als repräsentative gekennzeichnete Bemerkung des Ministerialdirektors Cöppert, er glaube nicht, daß Deutschland ohne Frankreichs Einwilligung ins Ruhrgebiet einmarschieren werde, vollständig in ein Verprechen Deutschlands an Frankreich umgewandelt. Schließlich wird vollkommen verschwiegen, daß wir bereits am 4. April in Paris mitteilen ließen, mit welcher geringen Truppenzahl die Ruhraktion durchgeführt werde und daß sie in 7 Tagen erledigt sein solle. Diese Tatsachen hätten in die Disposition Frankreichs nicht hineingepaßt. Als Hauptargument für das militärische Vorgehen Frankreichs wird angeführt, daß die Besetzung der deutschen Städte für die Sicherheit Frankreichs unbedingt nötig gewesen sei. Auf die übrigen Entstellungen und Ausschweifungen der französischen Note wird von möglicher Stelle noch näher eingegangen werden.

## Deutsche Schritte beim Obersten Rat.

Br. Berlin, 9. April. (Fig. Drahtbericht.) Die durch das französische Eingreifen gefährdete Autorität der Reichsregierung im Ruhrgebiet nachdrücklich Ordnung zu schaffen, hat das Reichsministerium beantragt, darüber zu beraten, welche Schritte beim Obersten Rat zu unternehmen sind, um der deutschen Regierung die notwendige Handlungsfreiheit für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Ruhrgebiet zu geben. Man kann dabei zu dem Schluß, daß Deutschland beim Obersten Rat vorstellig werden würde, damit im Fall des Ausbrechens neuer Unruhen die Möglichkeit gegeben wäre, militärische Maßnahmen zum Schutz der Staatshauptstadt zu ergreifen. Bei dieser Gelegenheit soll dem Obersten Rat gegenüber die ganze Frage der deutschen Deesiderate, insbesondere aber die Beschaffung einer festen Polizeitruppe im Ruhrgebiet unterbreitet werden.

## Ein neuer Zwischenfall in Frankfurt.

Br. Frankfurt, 8. April. Der Stadtkommandant der französischen Militärverwaltung hat gestern an den Polizeipräsidenten folgende Mitteilung gerichtet:

Der kommandierende General beauftragt mich, Ihnen bekanntzugeben, daß er äußerst unzufrieden ist über die Art und Weise, in der die deutsche Polizei von Frankfurt im Laufe des 7. April ihren Dienst versehen hat. Sie hat in äußerst ungenügender Weise Menschenansammlungen entgegengekommen. Ich bitte Sie, für die Folge so genaue Befehle herauszugeben, daß der Herr kommandierende General, bezw. ich, nicht genötigt sind, selbst jeden Augenblick eingreifen zu müssen. Ich muß Ihnen ein sehr bedauerndes Ereignis mitteilen, das sich heute vormittag in der Gegend der Hauptpost ereignete. Ein fahrender Jäger ist unangekommen und verlegt worden; Karabiner und Fahrrad wurden entwendet. Der kommandierende General der Besatzungstruppen ist entschlossen, Begehren dieser Art nicht mehr zu dulden und solche als besonders schwere Verletzung für die Würde der französischen Truppen anzusehen. Ich befehle Ihnen, unverzüglich nachzuforschen, falls Sie es nicht bereits getan haben, wer die Urheber dieses Angriffs gewesen sind und Ihre Maßnahmen zu treffen, das sowohl das Karabiner als auch der Karabiner so schnell als möglich herbeischafft werden. Sie haben morgen, 12 Uhr, bis zum Resultat Ihrer Ermittlungen mitzuteilen sowie die von Ihnen getroffenen Maßnahmen.

## Ein Patrouillenzusammenstoß.

Br. Berlin, 9. April. Zur Feststellung der vorderen französischen Postenlinie wurden gestern von der zuständigen militärischen Stelle drei Offizierpatrouillen entsandt. Der mittleren Patrouille wurde in Ober-Böllstadt von einem Zivilisten gefolgt, in Nieder-Böllstadt befand sich eine französische Patrouille. Der Patrouillenfürher, Leutnant Graf Salmein, erfuhr hiervon, er wolle zur Klärung der Lage, wenn irgend möglich, mit dem französischen Offizier selber sprechen. Als die Patrouille durch die Unterführung der Eisenbahn vor Nieder-Böllstadt ritt, wurde sie von einem französischen Posten angehalten, worauf der Patrouillenfürher Leutnant Graf Salmein sofort antwortete. Während dieser Unterredung drangen mehrere französische Posten vom Bahnhof auf die Straße, so daß das Pferd des Leutnants Graf Salmein scheute und kehrt machte. Ohne weiteres gaben nun die französischen Posten ungefähr 13 bis 15 Schüsse ab. Die Patrouille des Leutnants Graf Salmein machte kehrt und ritt in der Richtung nach Ober-Böllstadt zurück. Hierbei wurde der Führer, Leutnant Graf Salmein, durch zwei Schüsse in den Unterleib und Rücken schwer verletzt und ist später seinen Verletzungen erlegen.

## Ein formeller Beschluß des englischen Ministerrats.

Br. Amsterdam, 9. April. (Drahtbericht.) Der Telegrafist, welcher aus London: Des diplomatische Berichterstatter des „Evening Standard“ erfährt, daß gestern ein Ministerrat abgehalten wurde, in dem die Erklärung der französischen Regierung über die Schließung





### Nachlaß- Mobilier-Versteigerung.

Im Auftrage der Erben versteigere ich am  
**Dienstag, den 13. April cr.,**  
u. den folgenden Tag, jedesmal morgens 9<sup>1/2</sup> Uhr  
beginnend bis nachmittags 3 Uhr ohne Pause,  
in meinem Versteigerungslokal

**23 Schwalbacher Straße 23**

folgende sehr gute Mobiliargegenstände, als:

**Eichen-Eckzimmer-Einrichtung**, best. aus:  
Büfett, Servierstisch, Auszugstisch und 18 Stühlen;  
**Eichen-Herrn- u. Wohnzimmer-Einricht.**,  
best. aus: Diplomatena-Schreibtisch, Lederstühl,  
seidel, Bücherständer, Schreibtisch, Panzerbüchse, Seffel,  
Stegisch und Spielstisch;

**reichgeschmückte Ruß.-Salon-Garnitur**,  
best. aus: 2 Sofas, 2 Seffel, 20 Stühle, Tisch  
u. dazu pass. Seiden-Damast-Portieren;

**3 Perser Teppiche** (3,00 x 3,00, 3,00 x 2,10 und  
2,75 x 1,20 Mtr.), Embras und andere Teppiche;  
**sehr schöner alter indischer Schal**;

**1 Bronze-Garnitur, Louis XIV.**,

best. aus: Uhr u. 2 Wanduhren, 11. eif. Geldschrank,  
1 Reg.-Küch.-Trümmerspiegel, Eichen-Trümmerspiegel,  
Mahag.-Konjolschrank mit Spiegel, Toiletten- und  
Wandspiegel, Kleider- u. Wäschechränke, Wasch-  
kommoden, Kommoden, Chaiselongue, runde, viereck.,  
Ripp-, Röh-, Bauern- u. and. Tische, Schreib- und  
Schauelstisch, Stühle, Etageren, Damen-Schreibtisch,  
Wand- u. Standuhren, sehr gute Leinwand,  
Kassette u. and. Bilder, Ripp-, Dekorations- u.  
Aufstellgegenstände, darunter gute Weißener  
Basen u. Teller, japan. Basen mit Bronze,  
Bronze-Leuchter pp., sehr schönes Tafel-  
Service, weiß mit Gold, blau Weißer.  
Tafel-Service, Kaffee- u. Tee-Service, Kristall,  
Gläser, engl. Bandonion, Violine, Beleuchtungs-  
körper, sehr gute Portieren, Gardinen, Tisch- und  
and. Leinw., sehr gutes Weißzeug, darunter  
feine Tafelwäsche, eif. Kinderbett, Kinder-  
wagen, Kinder-, Stuhl- u. Puppenwagen, Küchen-Ein-  
richtung, Eisschrank, russische Messing-Kaffee- und  
Tee-Maschinen, Wiener Kaffeemaschine, sehr gutes  
Kupfer-Geschirr, ein Küchengehirn u. sonst. Ge-  
brauchs- u. Haushaltungsgegenstände pp.

freiwillig meistbietend gegen Barzahlung.

Besichtigung am Montag, den 12. April cr., von  
10 bis 2 Uhr.

**Wilhelm Helfrich**, Auktionator u. Be-  
schl. Richter, eidigter Taxator,  
Schwalbacher Straße 23. Telefon 2941.

## Hotel- und Gastwirtsgewerbe.

Zu den angebl. unwahren Behauptungen des Verbandes der  
Gastwirtsgehilfen haben wir folgendes zu erklären:

1. Alle Forderungen wurden nicht, wie gesagt, vom Verband der Gastwirtsgehilfen, sondern von den vereinigten Angestellten-Verbänden und zwar stets einstimmig gestellt.
2. Die Trinkgeldfrage wurde nur unter dem Druck der Organisation zugelassen. Die Unternehmer verlangten eine Urabstimmung unter allen Trinkgeldempfängern in ihren eigenen Häusern. Der Sinn des angebl. Briefes in der Entsch. vom 31. 3. 20 war eine bewußte Täuschung, um uns irre zu führen.
3. Die Umsatzprocente waren stets nur Vorschläge, und die angebl. 8% sollten auf alle Hotelangestellte gemeinsam prozentual verteilt werden. Niemals war die Rede davon, daß jeder Angestellte im Hotel 8% vom eigenen Umsatz erhalten sollte. In Restaurants 5%, in Cafés, Gartenlokalen und Varietés 7% vom Umsatz als Vergütung an die Kellner, sind längst bestehende Tatsachen in vielen anderen Städten Deutschlands. Diese Forderungen standen im Tarifentwurf. Die Unternehmer lehnten von vornherein jede Verhandlung über den ganzen Tarifentwurf, außer einigen Selbstverständlichkeiten, als undiskutabel ab. Trotzdem unsere Forderungen, Lohn sowie Umsatzprocente, vom Publikum und vielen Unternehmern anerkannt wurden und viele Häuser anderer Städte 10, 12 u. 15% sogar ohne Tarifabschluß zahlen.
4. Zu der Beförderungsforderung haben wir stets deutlich gesagt, daß die Beförderung für alle Angestellte die gleiche sein müsse. Von einem Zusatzparagrafen, daß Kost nicht in Abzug gebracht werden kann, ist nur bei den Wöchen die Rede gewesen.
5. Daß unsere Forderungen bei den Behörden als berechtigt anerkannt werden, beweisen die Zustimmungen in persönlichen Unterredungen mit den Behörden und durch deren Briefe, die wir gesammelt haben. Die unendlich vielen Prozesse an dem Gewerbegericht zeigen klar und deutlich, daß keine Berufsgruppe unter solch miserablen und elenden Verhältnissen zu leiden hat, wie gerade die Gastwirtsgehilfen.
6. Die 12- bis 16-stündige Arbeitszeit bei Löhnen von 14 bis 20 Pfg. die Stunde in diesen schweren Zeiten, wird verschwiegen; ebenfalls alles was hinter den Kulissen der luxuriösen Hotels vorgeht. Auch die ganz enorm hohen Preise für Zimmer, Speisen und Getränke werden nicht erwähnt. Ueber Bucherpreise und Schleichhandel können wir Vände reden.
7. Von einer Aufhebung kann gar keine Rede sein. Die Angestellten sind wiederholt eindringlich von ihren Führern auf die ersten Folgen eines Streikes hingewiesen worden. Nur die Not allein und der Gedanke, hinter allen anderen Berufen in der Entlohnung zurücksetzen zu müssen, haben die Gastwirtsangestellten aus sich heraus einmütig zu dem Entschluß bewogen, nachdem die Arbeitgeber-Organisationen den Schiedsspruch abgelehnt hatten, in den Streik zu treten.
8. Die Arbeitgeber haben immer geschwankt, je nachdem die Kampflage stand. Was an einem Tage zugestanden, wurde am nächsten Tage widerrufen. Die Gastwirte können sich nicht mit dem Gedanken befreunden, so zu entlohnen, wie es für jeden anderen Arbeitgeber der Zeit entsprechend geschieht.
9. Der Tarif sollte am 1. April d. J. in Kraft treten. Dies war vereinbart in Tarifverhandlungen. Seit langen Wochen wird nur verschleppt; hätten die Unternehmer die Verhandlungen nicht abgebrochen, längst wären befriedigende Abmachungen getroffen. Die Publikationen der Arbeitgeber-Verbände sind nur eine Entstellung von Tatsachen; man wollte das Publikum über die Forderungen der Angestellten wesentlich falsch unterrichten. Persönliche Ausprachen mit Herrn Bürgermeister Travers, Herrn Beigeordneten Borgmann und Herrn Assessor Dr. Reuendorff haben deutlich ergeben, daß unsere Forderungen seitens der Arbeitgeber wesentlich oder unwissentlich falsch aufgefaßt wurden. Die entstellten Tatsachen, die Mißstände in den Hotels und Restaurants, die Verdienste der Arbeitgeber werden wir demnächst, wenn die Herren es wünschen, in Handzetteln dem verehrten Publikum unterbreiten. Wir sind dann felsenfest überzeugt, daß die breite Masse den Erklärungen der Arbeitgeber-Verbände keinen Wert mehr beimessen wird.

geg.: **Willy Görres**,  
Vorstand der vereinigten Angestellten-  
Verbände Wiesbadens.  
Verband der Gastwirtsgehilfen  
Wiesbaden, Hochstättenstraße 12.

**„Hausblank“**  
das Universal-Scheuer- und Putzpulver  
unentbehrlich für Küche, Werkstatt, Fabrik  
zur Reinigung von Werkzeug, Geschirr,  
Fliesen, Geräten, Porzellan, Glas, Metall.  
**Hochgesand & Ampt, Seifenfabrik,**  
Mainz. Tel. 67.

**Blutreinigung.** Acnosantabletten  
sind ein vorzügliches Blutreinigungsmittel. Alleinverkauf: 429  
Schützenhof-Anstalt, Wiesbaden 11.

**Hochschulkurse.**  
Montag, 12 u. Dienstag, 13. 4., v. 6<sup>1/2</sup>-8 Uhr:  
Prof. a. Max Born v. physikal. Institut d. Univ. Frankfurt  
über die Einsteinsche Relativitätstheorie (mit Exp.).  
Mittwoch, 14., v. 6-8 Uhr: Prof. a. M. Holdewer  
von d. Univ. Freiburg über Osw. Spenglers Werk:  
Der Untergang des Abendlandes.  
Donnerstag, 15., Freitag, 16., Samstag, 17., v. 6-8 Uhr:  
Prof. a. Dr. H. Oncken-Heldberg über Reformen  
und Revolutionen in weltgeschichtlicher Betrachtung.  
Karten zu 10 M für alle Vorlesungen b. d. Herren  
Stadt, Bahnhofstr. 6, Moritz u. Münzel, Wilhelmstr. 68.  
Vereinigung für Wiesbadener Hochschul-Vorlesungen.

**Große Versteigerung**  
Montag, den 12. April 1920,  
vormittags 9 Uhr beginnend (ohne Pause)  
versteigere ich zufolge Auktions in meinem Versteigerungs-  
lokal  
**22 Neugasse 22**

nachstehende sehr gute Gegenstände:  
Kleiderchränke, Schreibische und Büfett, Tische,  
Stühle, Küchenschranke, volle, Betten, Chaiselong,  
Teppiche u. Koffer, Tischwäsche, Bilder, Schuhe und  
Stiefel, Haushaltungsgegenstände und Küchenutensilien,  
Wand-, Beden- u. Tischuhren usw., 10. Beilede,  
1 Doppelbank, 1 Werkbank, 1 Leinwand, 1 Prädiger  
Schreinerwagen, 1 4radiger Leinwandwagen, 1 großer  
Boden-Schreinerwagen, darunter Hobel, alle  
Arten, Schraubmaschinen, Hobel, Bohrer, Sägen,  
Türspanner und anderes mehr;  
im weiteren Auftrage:  
1 schöner Arbeitsstisch, 11 Jahre, aus eif., 1 Feder-  
stühle (40-50 Str. Länge), Kammere u. Gesch. rce,  
berst. Derrateisfäßel, Baumzeug, 1 Wackmanne,  
1 Herdtopf, 1 Gasherd mit Backofen, 2 eiserne  
Wasserfassings (1 1/2 dm Fassend) 2 Eischränke, eine  
Pieze, 1 Kamm, 1 Sand (Por) u. u. hier nicht gen.  
freiwillig meistbietend gegen Barzahlung.  
Besichtigung vor Beginn der Auktion.

**Friedr. Krämer**, Auktionator u. Taxator,  
Telephon 3870. — Wiesbaden. — Telephon 3870.  
Geschäftszeit von 9-12 u. 3-5 Uhr.  
NB. Das Pferd, Siege u. Kasse kommt um 12 Uhr  
zum Verkauf.

**A.H.O.** Sonntag, den 11. April,  
Neue Adolphshöhe  
(Bes. Mouchner)  
ab **Tanz.**  
3 Uhr:  
I. A.: Otto Müller.

**Café Orient.**  
Samstag ab 5 Uhr,  
Sonntag ab 3 Uhr:  
**= Ball. =**

**Die bekannten Schul-Stiefel**  
in schwarz u. braun finden Sie in  
**Kuhns Schuh-Geschäften**  
Bleichstr. 11, Wellritzstr. 28.

**Geschäfts-Empfehlung**  
Dem verehrten Publikum die ge-  
fällige Mitteilung, daß ich neben  
meinem **Tüncher-, Maler- und  
Lackierer-Geschäft** eine  
**Spezial-Auto-  
Lackierer-Werkstätte**  
eingerichtet habe.  
Es ist mein eifrigstes Bestreben, die  
mir erteilten Aufträge gut u. prompt  
zu erledigen. In dem ich um gefl.  
Zuspruch bitte, zeichne  
Hochachtung!  
**Jakob Intra**  
Biehricher Straße, am Rondell.  
Telephon 3437.

**Nachstehende Bosch-Magnete**  
in Originalpackung sind mit Ausfuhrbewilligung  
gegen Gebot sofort abzugeben:  
**50 Magnete Z F 4, 50 Magnete Z U 4,  
50 Magnete Z R 4, 50 Magnete Z 4,  
50 Magnete Z H 6.**  
Z R 4 evtl. 100 Stück mehr. Auch geteilte Abgabe.  
Ebenso laufend Ersatzteilkisten obiger Typen.  
Eilfertigsten an  
**Rausch & Schurichs, Frankfurt a. M.**  
Klüberstraße 9.

**Offeriere freibleibend**  
zur prompten Lieferung cis Köln  
**= White Spirit =**  
(Terpentinöl-Ersatz) ab Lager Mainz prima Auto-  
mobil-Oel (amerik. Raff.) F 54  
**Ludwig Reh, Mainz. Tel. 4429.**

**Berichtigung.**  
In der im Donnerstag-Abendblatt Nr. 164, Seite 4,  
enthaltenen Anzeige der „Arbeitsgemeinschaft der Hotel-  
und Gastwirts-Verbände Wiesbadens“ muß unter 1) in  
der 6. Zeile das Komma hinter Arbeitgeber in Weg-  
fall kommen.

**Inventar-Versteigerung  
des Hotel Union**  
Frankfurt a. M., Steinweg 9  
beginnend  
Dienstag, den 13. April, vorm. 10 u. nachm. 3 Uhr  
pünktlich anfangend, im grossen Speisesaal  
meistbietend freiwillig gegen Barzahlung.  
Zum Ausgebot gelangt:  
Zirka 120 Schlafzimmer in feinsten Aus-  
führung, größtenteils Stuttgarter Fabrikat,  
beste Rohhaar-Matratzen und Daun-  
federzeug,  
ebenso viele Chaiselongues mit eleg.  
Ueberzug, Schreibische, Frisier-  
toiletten, Nachttischlampen, Lüster,  
Waschgeschirre.  
Die eleg. Einrichtung von 3 Speisesälen.  
Modern ausgestatteter Schreibsaal.  
Vornehmes Vestibül und Lesesaal.  
Zirka 500 m Treppenläufer mit Messing-  
stangen,  
zirka 180 Fenster feinste Vorhänge und  
Portieren,  
einzelne Betten, Spiegelschränke und  
Waschkommoden, Polstermöbel.  
Die gesamte Hotel-Damastwäsche, Glas,  
Porzellan und Silber.  
Küchen-Einrichtung F 200d  
m. sämtl. Maschinen, Küchenherden etc.  
Besichtigung: Freitag, 9., Samstag, 10. April,  
von 10-5 Uhr, Sonntag, 11. April, von 11-1 Uhr.  
Eintritt zur Besichtigung frei.  
Eintritt z. Versteigerung geg. eine Biotekautio  
von 10 Mark, die jederzeit zurückgezahlt wird.  
Illustrierter Katalog gegen Mk. 3.—  
Fernsprecher Hansa 5101, 7076, 7077.  
**August Boese**,  
verordneter Sachverständiger bei den Gerichten  
des Land- u. Oberlandesgerichts Frankfurt a. M.

Verkaufe ab heute  
**la Schweine-Schmalz**  
Original-Faß-Packung  
(keine Kisten- oder Blockkistenpackung)  
à Pfd. 20 Mark.  
**Aug. Seel** Wiesbaden,  
Bleichstraße 29.  
Einschlagpapier bitte mitbringen.